

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Hauschildt, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981. Prämienliste zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Der Preis für den Ausland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen: Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und außerordentliche Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühr die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf. Post-Bestellkarte Nr. 1026

Nr. 254.

Magdeburg, Mittwoch, den 30. Oktober 1901.

12. Jahrgang.

Wie polizeiliche Anzeigen zustande kommen.

Die Magdeburger Arbeiterschaft hat wie in früheren Jahren so auch in diesem Sommer wieder darunter zu leiden gehabt, daß alle von ihr gemachten Versuche, sich zu bilden oder gefelligen Zwecken zu versammeln, von den Behörden, zumeist von der Polizei, durchkreuzt wurden. Die im Juni geplanten Volksvorstellungen machte der Militärboykott zu nichts; das Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins wurde von der Polizei untersagt, da Frauen nicht an politischen Versammlungen teilnehmen dürften. An viele andere kleinere und größere Unannehmlichkeiten, denen Festveranstalter regelmäßig ausgesetzt sind, hat man sich im Laufe der Jahre so gewöhnt, daß man sie der Erwähnung gar nicht mehr wert hält.

Nur gelegentlich kann auch eine anscheinend nur kleine Beeinträchtigung eines Festes eine größere Bedeutung erlangen. Wir sind in der angenehmen Lage, an einem krassen und in seiner Art einzig dastehenden Fall zu zeigen, mit welchem — — — Scharsinn die hiesige Polizei gelegentlich vorgeht, um die organisierten Arbeiter daran zu verhindern, durch ihre festlichen Veranstaltungen die heilige Ordnung, die segensreiche, in Magdeburg radikal umzustürzen.

Vor dem gestrigen Schöffengericht spielte sich die folgende interessante Verhandlung ab:

Am 3. August d. J. beging der Deutsche Metallarbeiter-Verein (Zweigstelle Magdeburg und Umgegend) zur Feier des 10jährigen Bestehens ein Stiftungsfest in den Räumen des „Luisenpark“. Wie schon lange üblich, so mußten sich auch bei dieser Feier die Besucher als Mitglieder des Verbandes durch Vorzeigung des Mitgliedsbuches legitimieren; fremden Personen wurde der Zutritt verweigert. Nach menschlichem Ermessen war alles gethan, um den Zutritt von Nicht-Verbandsangehörigen zu verhindern. Nichtsdestoweniger erhielten zu ihrer großen Verwunderung die Genossen Otto Wosß als Arrangeur und Dankau als Wirt eines Tages je ein Strafmandat in Höhe von 20 Mark mit der verblüffenden Mitteilung, daß Vergnügen sei ein öffentliches gewesen, mithin hätte es der polizeilichen Anmeldung bedurft. Im Bewußtsein ihrer Unschuld legten die Beschuldigten gegen das Strafmandat Berufung ein und beantragten richterliche Entscheidung. In einem in Händen des Gerichts befindlichen Protokoll war angegeben, daß unter den circa 1800 Personen, die auf dem Vergnügen anwesend waren, sich Leute befanden hätten, die nicht Mitglied des Verbandes gewesen seien. Lediglich aus diesem Grunde habe die Anwaltschaft der ihr zugegangenen Anzeige stattgegeben, im anderen Falle wäre Abweisung erfolgt.

In der gestrigen Verhandlung bestritt der Angeklagte Wosß sowohl auf das entschiedenste, daß Nichtmitglieder Zutritt gehabt hätten, als auch die Höhe der angegebenen Zahl der Anwesenden. Im Höchstfalle seien 900 Personen dagewesen, deren Eintritt scharf kontrolliert worden sei. Angeklagter Dankau giebt zu, seinen Saal für jenen Tag an den Metallarbeiter-Verein vermietet zu haben.

Als Zeugen waren erschienen der Kriminalkommissar Weiner und der Kriminalschußmann Hartmann 2. Letzterer erklärt unter seinem Eide, er sei von seiner vorgesetzten Behörde zur Kontrolle nach dem „Luisenpark“ entsandt worden. Bei seinem Eintritt um 11 Uhr abends sei er von den zur Kontrolle an der Thür stehenden Personen angehalten und gefragt worden, ob er Mitglied sei? Darauf habe er erklärt,

er sei zugereist und hätte sich mit seinen hier wohnenden Verwandten verabredet, sich im „Luisenpark“ zu treffen. Unstillslos sei ihm nach Erlegung von 20 Pfennig ein Programm verabfolgt. Hierauf sei er in den Saal gegangen und habe dort ungestört seine Beobachtungen gemacht.

Angell. Wosß erklärt, er sei zu wiederholten Malen aus dem Saal gerufen worden, um als Leiter des Verbandes in einzelnen Fällen die Eintretenden zu rekonoszieren. So auch in diesem Fall. Nur auf das in ständige Witten des Zeugen, einen anwesenden Verwandten sprechen zu wollen, habe Wosß dem sich als zugereistes Mitglied gerierenden Hartmann den Zutritt zum Saal erlaubt. Eine weitere Ausnahme sei nicht vorgekommen. Zeuge H. bestritt, daß Wosß gerufen worden sei, und daß er mit demselben gesprochen habe. Auch will Zeuge nicht gesagt haben, er sei zugereistes Mitglied, sondern nur, er sei zugereist. Der Vorsitzende des Gerichts stellt aus den Akten fest, daß die Erlangung des Programms, sowie der Eintritt zum Saal nach den Vorangaben des Zeugen absolut keine Schwierigkeiten gehabt habe. Zeuge Kommissar Weiner will den Schwerpunkt im vorliegenden Fall darauf gelegt wissen, ob der Metallarbeiter-Verein

hier bei seinen 3000 Mitgliedern, einem Entschiede des Oberverwaltungsgerichts entsprechend, als ein Verein anzusehen sei, der seine Vergünstigungen anzumelden habe. Vom Vorsitzenden wird Zeuge darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Moment hier gar nicht in Betracht komme, da in einem analogen Falle Schüssen wie Landgericht ein freisprechendes Urteil gefällt hätten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg teilt mit, daß der angezogene Entschiede nicht zutrefte, da bei dergleichen Vergünstigungen wie hier immer nur ein Teil der Mitglieder anwesend sei.

Der Amtsanwalt führt hierauf aus: Der vorliegende Fall sei nicht geeignet zu der Annahme, der Metallarbeiter-Verein habe das Vergnügen entrichtet lediglich zu dem Zweck, seine Kasse zu füllen. Die große Zahl der Mitglieder lasse diese Annahme als ausgeschlossen erscheinen. Es sei sehr wohl möglich, daß die Anwesenden Mitglieder des Verbandes waren. Durch die Art, wie der Zeuge Hartmann sich Zugang zum Saal verschafft habe, könne man das Vergnügen nicht als ein öffentliches bezeichnen. Aus diesem Grunde beantrage er Freisprechung.

Rechtsanwalt Landsberg als Verteidiger schließt sich den Ausführungen des Amtsanwalts an. Es sei unbedingt erwiesen, daß nur Mitglieder Zutritt gehabt hätten. Es sei eine scharfe Kontrolle ausgeübt worden, was die Ausführungen des Schußmanns Hartmann nur bestätigt hätten. Jeder habe durch Vorzeigung des Mitgliedsbuches seine Mitgliedschaft und damit seine Berechtigung, an dem Vergnügen teilnehmen zu dürfen, nachweisen müssen. Die Art, wie sich der Zeuge Hartmann Zugang zum Saal verschafft habe, sei etwas mehr wie eigenständig. Derartige Praktiken könnte man wohl im Osten Deutschlands und in Rußland noch für möglich halten, nicht aber hier. Treu und Glauben müßten ja erschlittert werden, wenn auf solche Demunziationen hin Verurteilungen erfolgten. Wie verhält sich denn eigentlich die Sache? Der Mann wird angehalten, er gab sich als zugereister Metallarbeiter aus, der sich in einer Postlage befindet. Nur auf Grund dieser Angaben wurde dem Manne der Zutritt gestattet. Und dieser Beamte erstatte leichtfertig eine Anzeige, indem er seinem Vorgesetzten erklärt, nach Erlegung von 20 Pf. Entree habe er Zutritt zum Saal gehabt und hierdurch soll die Öffentlichkeit des Vergnügens festgestellt sein. Sein Antrag gehe dahin, nicht bloß die Angeklagten freizusprechen, sondern nach § 501 der Strafprozeßordnung dem Zeugen Hartmann wegen seiner Fahrlässigkeit die Kosten des Verfahrens wie der Verteidigung aufzuerlegen. Hartmann habe in seiner Anzeige wissentlich verschwiegen, daß eine Kontrolle ausgeübt ist. Hätte der Zeuge in seiner Anzeige die Sache so geschildert, wie heute unter seinem Eide, wäre sicher ein Straf Antrag unterblieben. Mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit eruche er, wie beantragt zu erkennen, resp. die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen.

Zeuge Kommissar Weiner teilt noch erregt mit, daß außer Hartmann auch verschiedene andere Personen, die nicht Mitglieder gewesen seien, sich im Saale befunden hätten. Er sei aber nicht in der Lage, die Namen jetzt nennen zu können. Zeuge zieht hierauf ein Programm aus der Tasche und erklärt mit Empörung: „Dieses Programm habe ich auch von einem Nichtmitgliede erhalten.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß lediglich auf Grund der Angaben des Zeugen Hartmann: „außer ihm seien noch andere Personen, die nicht zum Verbands gehörten, im Saale gewesen“, die Anklage erhoben worden sei.

Nach stattgehabter Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil: Die beiden Angeklagten sind freizusprechen. In Anbetracht der groben Fahrlässigkeit, die sich der Zeuge Hartmann hat zu schulden kommen lassen, werden dem Zeugen Hartmann sowohl die Kosten des Verfahrens als auch die der Verteidigung auferlegt.

Das ist eines der seltenen Urteile in Magdeburg, über das wir eine reine ungetriebene Freude empfinden. Es ist eine ebenso deutliche wie derbe Mahnung an die hiesige Polizei, sich durch blinden Eifer nicht selbst Schaden zuzufügen.

Soffentlich fällt diese Mahnung auf fruchtbaren Boden.

Politische Ueberflucht.

Magdeburg, den 29. Oktober 1901.

Krifelt es?

Diese Frage merien heute mehrere Blätter auf. Den direkten Anstoß zu dieser Vermutung giebt eine offiziöse Meldung, wonach sich Reichskanzler Graf Bülow zum Immediatvortrag bei dem Kaiser nach Liebenberg begeben hat.

Es ist allerdings auffällig, daß Graf Bülow gestern schon die unständliche Reise für notwendig hielt, obwohl der Kaiser erst am Sonntag abend nach Liebenberg zur Jagd abgereist ist. Inzwischen ist das Wort des Kaisers bekannt geworden:

„Kommen keine Handelsverträge, da un möglich alles kurz und klein.“

Kein Blatt wagt ernstlich zu bestreiten, daß der Kaiser diesen Ausdruck gethan hat. Auch diese kleine niedliche Enthüllung soll ebenso wie die Tirpitzenthüllung durch den Reichstagsabgeordneten Müller-Sagan erfolgt sein.

Andererseits aber haben die Agrarier seit dem Abgang Miquels sich immer enger um Bülow geschart und ihn, den früheren Liebling der freisinnigen Wadestriimpfer, immer mehr als einen der ihrigen für sich reklamiert. Ob Bülow sich in dieser Rolle wohl gefühlt hat, oder ob er gegen seine Absicht von den Junkern eingefangen worden ist, ist an sich gleichgültig. Jedenfalls gilt Bülow nicht mehr für die geeignete Persönlichkeit, um gegen die Agrarier die Handelsverträge durchzusetzen.

So mag denn etwas daran sein, daß das Ende der Reichskanzlerschaft Bülows bevorsteht. Wer kann im heutigen Kurs der Möglichkeiten noch für den morgigen Tag garantieren?

Dazu kommt, daß Liebenberg ein gefährlicher Boden ist. Dieses Jagdschloß der Eulenburgers ist schon mehreren Ministern gefährlich geworden. Auch Caprivi fiel in Liebenberg und war mehr als Bülow.

Als Nachfolger Bülows gilt nach der „Staatsbürgerzeitung“ Graf Dönhoff-Friedrichstein, der auch Ohrenzeuge des „Kurz- und Klein“-Wortes des Kaisers gewesen sein soll. —

Die Ernennung Spahns eine Beleidigung?!

Die Angelegenheit Spahn will nicht zur Ruhe kommen, trotzdem der junge Professor schon der feierlichen Abbildung im „Tag“ und in der „Woche“ gewürdigt wurde.

Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Rom: Die Nachricht der „Voce della Verita“, daß der Bischof von Straßburg die einzigen Seminaristen auf ihr Ersuchen gegebene Lizenz zum Besuch der historischen Vorlesungen Spahns nach Veröffentlichung von dessen Beziehungen zu Graf Goensbroeck und dem Erdominikaner Alfons Müller wieder zurückgezogen hat, wird von einwandsfreier Seite von neuem aufs bestimmteste wiederholt. Man betrachtet in den Kreisen der Curie die Ernennung Spahns als eine Beleidigung, und man werde, so heißt es, ohne persönliche Rücksichten und ohne Rücksicht auf die Haltung der deutschen Katholiken das thun, was das Ansehen der römischen Kirche erfordere. Man wolle eine den Kirchenregeln entsprechende öffentliche Abbitte Spahns an den Widerruf seiner Ernennung für Straßburg verlangen. Die Curie werde auch vor einem Verbot des Besuchs der Vorlesungen Spahns für katholische Studenten durchaus nicht zurückweichen, bis ein ihr genehmer kirchentreuer Mann ernannt sei, an denen Deutschland keinen Mangel habe. Uebrigens zeige der Fall Spahn, welchen Schwierigkeiten die Curie bei der Genehmigung der Errichtung einer katholischen Fakultät in Straßburg entgegen gekommen wäre.

Daß man in Rom mit der jahrtausendlang geübten Anekdotenerei dem Professor Spahn seine Entgleisungen nicht so ohne weiteres hingehen lassen würde, war vorauszusetzen. Weniger allerdings, daß es in einer derartig schroffen Form geschehen könne. Die Herren vom Centrum, die sich als „Reinigungspartei“ so wohl fühlen, werden diese römische Intoleranz bitter empfinden. Für Spahn giebt es aber keine Wahl. Entweder: Pater peccavi, Pater bergie mir; oder er wird als katholischer, vom Deutschen Kaiser begünstigter Professor von den Katholiken boykottiert.

Eine lustige Geschichte, bezeichnend für den Geist unserer Zeit! —

Die zweijährige Bilanz.

Aus Wien schreibt man der „Leipziger Volkszeitung“: Es ist ein kurzer aber ereignisvoller Abschnitt, den uns der Parteibericht der österreichischen Sozialdemokratie, der als Vorbote des Gesamtparteitages dieser Tage erschienen ist, vor Augen führt. Von dem Sturze des Ministeriums Thun, das sich nicht scheute, mittels des § 14 dem Volke schwere Lasten aufzuerlegen, bis zum Ministerium Koberger, das „an den § 14 nicht erinnert sein will“, von den Sprachen-Verordnungen bis zur Erkenntnis, daß es „in Oesterreich für die Regierung ein Ding der Unmöglichkeit ist, sich auf eine nationale Partei zu stützen“ — zwei Jahre nur, aber solche, die dem österreichischen Proletariat als Kriegsjahre doppelt gezählt werden müssen.

Schwer gekämpft und anstrengend gearbeitet wurde bei uns, seitdem die gewalthätige Politik des Ministeriums

Jun. - Paizl all den Leidenschaften, die schon drohten, die staatliche Gütle der „Königreiche und Länder“ zu sprengen, mit roher und plumper Hand Fesseln anlegen wollte. Die Brimmer Resolution über die Nationalitätenfrage stellte gerade zur Zeit, als die nationale Erregung ihren Höhepunkt erreichte, die Forderung der „Völkerautonomie“, die in den diesjährigen Landtagsverhandlungen sich immer klarer als die einzig mögliche Lösung der nationalen Wirren erwies, zum ersten Male als politisches Postulat in Oesterreich auf.

Während der wahnwichtigsten Ausschreitungen des nationalen Chauvinismus, — der deutschen Obstruktion in Wien und den Böbelegeressen in Prag — schuf sich der Internationalismus der Partei seinen klaren, fest begrenzten Ausdruck im Nationalitäten-Programm! —

Es war die organisierte Arbeiterkraft, deren entschlossene Haltung jedes weitere Zögern mit der Aufhebung des Zeitungsstempels unmöglich machte, und ihr Verdienst ist es in erster Linie, daß diese Steuer endlich fiel, trotz des ganz offen zur Schau getragenen Unwillens des Herrenhauses gegen diese Reform. —

Die Auflösung des Parlaments, mit der Herr v. Koerber die Ablehnung seines Sprachengesetzentwurfs quittierte, stellte die sozialdemokratische Partei vor Neuwahlen, in einer Zeit, wo die nationale Demagogie die wildesten Dergien feierte. Der Brand steckte alle Gemüther an, und wir verloren in Böhmen, wenn auch mit riesigen Minoritäten, an nationale Parteien 4 deutsche und 2 tschechische Mandate. Es gingen weiter auch das Grazer, Lemberger und ein ruthenisches Mandat verloren. Erobert dagegen wurden 2 Wiener, 2 niederösterreichische, darunter das Korneuburger — das erste sozialdemokratische Mandat in der Städtekurie — und ein schlesisches, so daß der Verband jetzt 10 Mitglieder zählt.

Schwer empfand die Partei den Verlust insbesondere der böhmischen Mandate; doch die gewaltige Stimmenzahl, die auf unsere Kandidaten abgegeben wurde, ließ keinen Gedanken an eine Niederlage aufkommen. Die in der fünften Kurie bei direkten Wahlen für uns abgegebenen Wählerstimmen — Galizien, wo die schändlichen Wahlpraktiken den Willen des Volkes gar zu arg fälschen, ausgenommen — betragen 201 862, während auf die Kandidaten der zweitgrößten Partei, der Christlichsozialen, bloß 174 603 Stimmen entfielen und die Jungtschechen und Alttschechen zusammen nicht mehr als 53 535 Stimmen auf sich vereinigten. Ließ auch der künstlich aufgestachelte Chauvinismus die letzten Reichsratswahlen unangünstiger als die des Jahres 1897 für uns ausfallen, so wären wir doch bei einem gerechten Wahlrechte, das die Zahl der Mandate nach dem Stimmenverhältnis verteilt, die stärkste Partei im Hause! — Die vielen wirtschaftlichen Vorlagen, mit denen das Ministerium Koerber das neue Parlament von Anfang an zu heftig umfachte, um für die durch den nation-

Unregungen ohne prinzipielle Bedeutung im Sinne der Berücksichtigung der Wünsche einzelner Industrien vor. — Obgleich die Ausgaben für die Marine im Rahmen des Flottengesetzes sich halten und im Militär-Etat eine Mehrbelastung eigentlich nur die Ausgaben für China bilden, wird, wie die offiziöse „Münch. Allg. Ztg.“ schreibt, im Entwurf des Reichsetats der Fehlbetrag nicht viel unter 100 Millionen betragen. — Das stellt eine recht interessante Diskussion in Aussicht. Vielleicht flüchtet Herr von Tirpitz noch rechtzeitig in den Pensionshafen. —

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine Ministerialverordnung vom 10. d. M. betreffs Abänderung der Vorschriften der Polizeiverordnung über den Handel mit Giften vom 21. August 1895. —

Vertreter der preussischen Ministerien des Innern und für Handel und Gewerbe werden Mitte November eine Studienreise durch die Städte Sachsens und Mitteldeutschlands antreten zum Zwecke von Wohnungsbesichtigungen. Wie an zuständiger Seite verlautet, hat die Inspektion s-reise den Zweck, Material für das in Aussicht genommene Reichswohnungsgesetz zu sammeln. —

Ein Notarvirtuos zu werden scheint das Ziel des Ehrgeizes für den Berliner Oberbürgermeister Kirchner zu sein. Dem Vertreter eines Pariser Blattes soll er erklärt haben, „er könne selbstverständlich nicht wissen, wie der Beiseid des Ministers des Innern in Sachen Kauffmann lauten werde. Wenn aber, was doch das Wahrscheinliche sei, der Minister es ablehnt, den Oberpräsidenten zu rektifizieren, so sei ein Ende des Konflikts und somit der Bürgermeistereiabgang in die weite Ferne gerückt und sei gar nicht abzusehen. Die einzige mögliche Lösung wäre dann ein freiwilliger Verzicht des zweimal zum Bürgermeister gewählten Stadtrats Kauffmann, aber es sei wenig Aussicht vorhanden, daß Stadtrat Kauffmann diesen Schritt thun werde.“ — Herr Kirchner scheint neuerdings seine Informationen aus der konservativen „Kreuzzeitung“ zu beziehen, die bekanntlich Herrn Kauffmann daselbst entwürdigende Angebote machte, und die über die Auslassungen Kirchners denn auch freudig erregt ist. Goffentlich hat sich der durch das lange „Warten“ und durch die Audienzen anscheinend um alle Rückenfestigkeit gebrachte Herr Kirchner in der Beurteilung Kauffmanns nicht geirrt. —

Einerseits — andererseits. Nach dieser berühmten historischen Parole der Fraktion Drehscheibe hat der Centralvorstand der nationalliberalen Partei, der am Sonntag in Berlin zusammen war, auch

Ansprüche ihrer Staatsangehörigen festgesetzt worden seien, 69 550 Pfund Sterling betrage. Diese Summe soll in folgender Weise verteilt werden: An Deutschland werden 30 000 Pfund Sterling gezahlt, an Oesterreich 15 000, an die Vereinigten Staaten 6000, an Belgien 800, an Dänemark 250, an Rußland 4100, an Italien 12 000, an Spanien 150, an Schweden und Norwegen 1000 und an die Schweiz 250 Pfund Sterling.

Zrische Unruhen.

Urges Zwischenfälle haben sich in Kilmain in Irland zugetragen und zwar anlässlich einer öffentlichen Versammlung, in welcher die Abgeordneten Redmond und O'Donnell sprechen sollten. Als letzterer das Wort ergreifen wollte, forderten die Polizisten ihn auf, zu schweigen; als er trotzdem sprechen wollte, rissen sie ihn von der Tribüne, wobei sie ihn mit Knütteln verletzten. Die Versammlung wurde alsdann aufgelöst. Als nun das Publikum sich nicht schnell genug entfernen konnte, schlugen die Polizisten mit ihren Knütteln in die Menge, wobei mehrere Verwundungen vorfielen. —

Die Krankheit König Eduards.

Schon gestern teilten wir in einem kurzen Drahtbericht mit, daß König Eduard an Kehlkopfkrebs leidet. Heute liegt folgende ausführliche Meldung darüber vor: Der König habe seit vielen Jahren unter Behandlung von Sir E. S. Sieveking, eines der bedeutendsten Laryngologen, gestanden, und bei seiner Thronbesteigung sei der bekannte Kehlkopf-Spezialist Sir Felix Semon zu seinem Leibärzte ernannt worden. Man habe dem Könige geraten, nicht zu rauchen und nicht mehr als nötig zu sprechen. Der wahre Zweck seiner letzten Reise nach Fredensborg sei gewesen, dort einige bekannte französische, deutsche und österreichische Aerzte zu konsultieren. Die Hofbeamten versichern, die Wucherung in der Kehle des Königs sei nicht bösartig, doch wisse der Hof sehr wohl, daß die Stimme des Königs von W o h e z u W o h e r a u h e r werde, indessen mache niemand, dem sein Amt lieb sei, die Sache bekannt. Der König leide an einem Papillargeschwulste an dem linken Stimmbande. Dies sei dreimal entfernt worden. In einer Nacht in der letzten Woche wurde eilig Hilfe gerufen und man fand, daß der König mit Mühe atme. Es wurde sofort eine Operation vollzogen, aber die Entlastung gelte nur als vorübergehend, da das erkrankte Epithel zu einem krebsartigen Gewächs geworden sei. Der König selbst fürchte das schlimmste, habe aber befohlen, keine der Bestellungen für die Krönungsgewänder und Regalien zurückzunehmen, damit kein Argwohn im Publikum entstände. —

Meine politische Nachrichten. Der bekannte Flottenprofessor Dr. v. W e n e k e r n bekannt in der „Kreuzzeitg.“, daß er die von der Agrariern und Konservern als eine Todtsünde gebrandmarkt Neuerung auf dem Breitskalender des deutschen Flottenvereins ver-

ordnet reichlich Gelegenheiten, man um jeden Preis die Rechte des Parlaments einzutreten, sondern auch die praktischen Interessen des Proletariats zu fördern und zu wahren. In der That ist es ihnen gelungen, sowohl beim Eisenbahninvestitionsgeetze wie im Wassertrahengeetze eine Reihe von Arbeiterrechtsbestimmungen durchzusetzen.

Die wichtigste Errungenschaft dieser Epoche ist aber zweifelsohne die gesetzliche Einführung der Neun und einachtzig für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter, die durch die im offenen Hause abgegebene Erklärung des Regierungsvorgängers, die Vorlage verleihe die Neunundachtzig vom Beginn der Einfahrt des ersten bis zum Schluß der Ausfahrt des letzten Arbeiters, in der Praxis zum Achtstundentag führt. — Der gewaltige Kampf des Jahres 1900, in dem 70 000 Bergarbeiter drei Monate lang den mächtigsten Unternehmern Oesterreichs, den Kohlenbaronen, Trotz boten, steht sowohl wegen des angenommenen Umfanges, wie auch wegen seiner Dauer, einzig da in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung! Die vorzügliche Haltung der Bergarbeiter, die, obwohl nur zum kleinsten Teil organisiert, sich doch freudig unter die Leitung unserer Partei stellten; die zielbewusste und einheitliche Führung des Streiks, sicher den endlichen Sieg der guten Sache — wenn es auch zuerst nur ein Verprechen der Regierung war, das die Rückkehr der Streikenden zur Arbeit veranlaßte. Unsere Genossen im Parlamente ließen die Angelegenheit nicht mehr schlafen und als sich die Wogen der Obstruktion endlich legten, zwangen sie die Regierung im neuen Hause, das gegebene Wort einzulösen. —

In den letzten zwei Jahren ist es auch unserer Partei gelungen, dank der unermüdeten Aufklärungsarbeit unserer Genossen im Graz, Wien und in sehr vielen kleineren Städten im deutschen und tschechischen Sprachgebiete, trotz des Census in die Gemeindevvertretungen einzudringen und auch den ersten Landtagsitz — in Wien — zu erobern.

Diese Erfolge haben uns nicht nur schwere Kämpfe, sondern auch viele Opfer gekostet: 31 Jahre Haft — darunter 13 Jahre Kerker — und 7360 Kronen 48 Heller an Geldstrafen! Hieran sind alle unsere nationalen Organisationen, ihrer Stärke entbrechend, beteiligt — dies ist die einzige Art, in welcher bei uns in Oesterreich dem Prinzip der nationalen Gleichberechtigung gekündigt wird. . . —

Deutschland.

Berlin, 29. Oktober. Der Reichshaushaltsetat soll nach der „Kreuzzeitg.“ dem Reichstag möglichst gleich bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden, ebenso wie der Zolltarifentwurf. —

Bei den Zolltarifverhandlungen wird nicht, wie bisher angenommen wurde, das Reichsamt des Innern, sondern das Reichsamt in erster Linie die verbündeten Regierungen im Reichstage vertreten. —

Für die zweite Lesung des Zolltarifs liegen den Ausschüssen des Bundesrats einige preussische

Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifgesetzes mit Zolltarif in der Weise verabschiedet wird, daß die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse den notwendigen höheren Schutz findet, daß aber bei Wahrung dieses Schutzes diejenigen Grenzen eingehalten werden, welche den Abschluß von für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung notwendigen langfristigen Handelsverträgen ermöglichen. Das ist die berühmte trockene Pelzwäsche.

Ferner wurden in einer langen Resolution noch die Schmerzen der nationalliberalen Kaufleute betreffs des Börsegesetzes niedergelegt. Ihr ehemaliger Kollege und Fraktionsgenosse Möller wird schon ein Entsehen haben. —

Die Kanalvorlage „spukt“ immer wieder aufs neue, so daß die kanalgegnerischen Blätter alle Hände voll zu thun haben, den forwährenden Gerichten mit Demontis zu Leibe zu gehen. Die Berliner „Neuest. Nachr.“ wissen freudestrahlend zu melden, daß bis Sonnabend abend in den leitenden Kreisen durchaus keine Neigung vorhanden war, die parlamentarischen Schwierigkeiten dieses Winters durch Einbringung der Kanalvorlage zu erhöhen. Andererseits sei es durchaus richtig, daß die Kanalvorlage so bald als zulässig wieder eingebracht werden würde, da eine lange Hinauszögerung schon aus technischen Gründen erwünscht sei. — Die „Deutsche Tageszeitg.“ wird dieses Dementi mit einem heiteren und einem nassen Auge lesen. —

Die Bedeutungslosigkeit des Walderseeschen Oberkommandos geht, worauf der „Borm.“ ausführlich aufmerksam macht, recht deutlich aus den jeben veröffentlichten drei Briefen hervor, die, wie wir schon meldeten, der französische General Byron an Waldersee gerichtet hat. Sie sind ein nachträglicher, interessanter Beweis dafür, daß es mit Deutschlands diplomatischen Erfolgen in China nicht so bestellt ist, wie die Kreuzzeitungschwärmer es dazustellen liebten, sondern daß sie nur sehr mittelmäßiger Art waren.

Rußland.

Frankreich.

Die Vergleiche von Montceau-les-Mines haben ebenfalls beschlossen, den Streik zu vertagen; bekanntlich befürwortete man, daß die Vergleiche von Montceau trotz des Beschlusses des National-Komitees doch in den Ausfrond treten würden. Aus dem Bericht des Delegierten Marjer ist zu ersehen, daß außer diesem nur noch der Delegierte des Loire-Kohlengebietes für den sofortigen Streik war.

Großbritannien.

Die indischen Einbürgerungen.

Die Arbeiten der Kommission zur Prüfung der Einbürgerungsanträge der aus Afrika ausgewiesenen Personen sind ganz unerwartet durch eine diplomatische Ermahnung zum Abschluß gebracht worden. Der Regierungsvertreter Ardagh teilte in der geistigen Sitzung mit, daß die gesamten Einbürgerungsummen, die endgültig mit den Vertretern der befreundeten Mächte hinsichtlich der

begeht morgen den 10. November, Sonnabend gegen 10 Uhr, die Führung der süddeutschen Volkspartei. — Der Abg. R i e d e r t ist von neuem erkrankt. Wie dem „B. Bors.-Kur.“ aus Danzig gemeldet wird, hofft man auf baldige Wiederherstellung des kürzlich von einem leichten Schlaganfall Betroffenen. — Für die Reichstagsersatzwahl in Wiesbaden ist in einer Vertrauensmännerversammlung am Sonntag der Landtagsabg. Dr. E r f e r e r einstimmig als Kandidat der freien Volkspartei aufgestellt worden. — Auf Grund hervorragender kenographischer Fertigkeiten ist dem Schriftführer eines kenographischen Vereins in Essen, Otto Saal, von der Königl. Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige in Düsseldorf der Berechtigungschein für den Einjährig-Freiwilligendienst zuerkannt worden. Es ist dies in Deutschland der erste derartige Fall. — Eine internationale Konferenz zur Regelung der Handelsverträge schlägt im Triester „Piccolo della Sera“ Luigi Buzzati vor. Ich verlange, so schreibt er, eine Art von Zollkonferenz zwischen den direkt am meisten Beteiligten nach dem Vorbilde des Friedensgerichtshofes im Haag vor der Gründung, die auf der Basis der neuen Tarife die Wahrscheinlichkeit des wirtschaftlichen Krieges in sich trägt. — Der Apparat zur Hinrichtung des Mörder des Präsidenten McKinley ist probiert. Der Gefängnisdirektor beabsichtigt keine weiteren Nachrichten über Erfolg auszugeben, bis die Hinrichtung vollzogen ist. Dann werden die Kleidung, die Briefe sowie sonstige Habseligkeiten des Verurteilten verbrannt und sein Leichnam in ein Kistengrab gelegt. —

Aus der Parteibewegung.

Der gefesselte Breßländer.

Wir berichteten kürzlich schon von der entwürdigenden Verhandlung, die dem Genossen Bredenbeck in Dortmund zu teil geworden. Wegen Bredenbeck wurde, während er wegen Breßbergergehens (Beladigung) im Gefängnis saß, ein neuer Prozeß verhandelt, zu dem er aus dem Gefängnis in Herford nach Dortmund transportiert wurde. Bredenbeck hatte sich zur Verbüßung seiner Strafe selbst gestellt; er war überdies von Herford nach Dortmund schon ungefesselt transportiert worden. Es lag also nicht der geringste Grund vor zu der Annahme, daß er etwa einen Fluchtversuch machen würde. Trotzdem wurde er auf dem Rücktransport von Dortmund nach Herford wie ein fluchtverdächtiger schwerer Verbrecher gefesselt.

Ein dem „Vorwärts“ zur Verfügung gestellter Brief Bredenbecks, den dieser aus dem Gefängnis geschrieben hat, schildert die Seeelenqualen, die ihm diese Behandlung verursacht hat. Der Brief lautet:

Bei der Urteilsverkündung am 1. Oktober war ich anwesend, da ich auf Anordnung des Staatsanwalts so lange in Dortmund verblieb. Diese Anordnung war übrigens für mich verhängnisvoll, da ich infolgedessen an Stelle des sehr rechtschaffenen Herforder Transporteurs einen Dortmunder Polizeibeamten zum Rücktransport erhielt. Es war der Polizeibeamte Nr. 78. Durch diesen Herrn erlitt ich die schmachvollste Behandlung, indem er mich wie einen gemeinen Verbrecher gefesselt transportierte. Zureben und Proteste waren erfolglos.

Als er mir das Schloß anlegte, zog er mir mehreremal die Arme auseinander, ob es auch fest genug saß, bis es schmerzte. So geschloffen führte er mich durch die schon sehr belebten Straßen, am Wochenmarkt vorbei, zum Bahnhof hin. Am Burgthor trat mich das härteste, da dort Frau, Mutter und Bruder standen

die Herbeigeit waren, um mir noch einen Abschiedsgruß zuzurufen. Der seelische Schmerz übermannt mich noch fortwährend, wenn ich an diesen Augenblick denke. Mit meinen Verwandten ein Wort zu reden, verbietet mir der Beamte zunächst, gestattete es jedoch später, als meine Mutter in begreiflicher Aufregung hell ausschrie. Aber die Fesseln bezieht ich, selbst während der dreistündigen Fahrt im Eisenbahnwagen wurden mir dieselben nicht gelöst.

Hier in Herford führte er mich wieder geschlossen durch die Straßen der Stadt, allen neugierigen Blicken preisgegeben, bis ich endlich im schrecklichsten Zustande hier im Gefängnisse anlangte. Die seelischen Schmerzen, die ich erduldet, sind unbeschreiblich.

Der Brief redet eine Sprache, so eindringlich, so wirkungsvoll, und zugleich in seiner einfachen Sprache so erbitternd gegen das heutige kulturwidrige System, daß mir uns jeder weiteren Bemerkung dazu enthalten können. Erwähnt sei mir, daß sogar so reaktionäre und sozialistenfeindliche Blätter, wie die „Rhein-Weist. Ztg.“ und die „Deutsche Tagesztg.“, die Behandlung Vredensbeets auf das schärfste verurteilen.

Zur Bellegung des Hamburger Accordmanver-Zwistes.
Eine gestern abend stattgefundene Versammlung der Accordmanver war, wie eine Privatbesprechung des „Vorwärts“ meldet, prinzipiell für Verständigung; sie wählte neun Personen, die mit der Kommission und neun Verbandsmanvern eine Einigung anbahnen sollen.

Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel verfaßt ein Circular an die Arbeiterparteien aller Länder, in denen es auf die von der türkischen Regierung in Armenien begangenen Verbrechen hinweist und erklärt, angeichts der straflichen Unthätigkeit der europäischen Regierungen könne die Sozialdemokratie den verabschiedungswürdigen Thaten in Türkisch-Armenien nicht länger gleichgültig gegenüberstehen. Das Bureau erinnert an die zu Genua der Venediger 1900 vom Pariser internationalen Sozialkongress gefasste Resolution und fordert auf, daß die proletarische Solidarität sich unumkehrbar durch alle in unserer Macht liegenden Mittel zeige. In allen Parlamenten, wo ihr Eingreifen wirksam sei, müßten unsere Abgeordneten die Regierungen an ihre Pflicht erinnern oder deren Mißthat durch Unthätigkeit demutieren. Auch daß das Papsttum als gleichgültiger Zuschauer dem Martyrium eines christlichen Volkes zuschauen, müsse durch unsere Presse bekannt gegeben werden. Der internationale Sozialismus dürfe kein Mittel verjähnen, die öffentliche Meinung gegen die Schandthaten der Sultanpolitik aufzurütteln. Die Regierung des Sultans Abdul-Hamid, unter Mitwirkung eines Teils der Presse, bemühe sich, die armenischen Verhältnisse mit Schweigen zu umhüllen. Demgegenüber müßte die sozialistische Presse und die sozialistischen Abgeordneten auftreten.

Mit den Ausführungen **Bebels über die babilischen Parteigenossen**, die er in Lübeck anlässlich der Budgetdebatte machte, beschäftigt sich jetzt in längerer Auseinandersetzung im „Volksfreund“ Genosse Kolb in Karlsruhe. Kolb bezeichnet eine Anzahl der von Bebel über das Verhalten des „Volksfreunds“ und der babilischen Parteigenossen ausgesprochenen Behauptungen als unrichtig und auf falscher Information beruhend. Nach Darlegung des Sachverhalts spricht er die Erwartung aus, daß Bebel seine Angriffe, insbesondere soweit sie verlegenden Art sind, zurücknehmen werde.

Dazu schreibt Genosse Bebel dem „Vorw.“, daß er auf die Ausführungen Kolbs in den nächsten Tagen im „Volksfreund“ antworten werde. Bebel hält seine sämtlichen Angaben und Angriffe, mit Aus-

nahme der getragenen, wahr. Die Forderung, die Organe der Arbeiterbewegung auf Unwahrheit. Eine derartige Forderung ist überhaupt niemals vom Gouverneur von Schantung gestellt worden.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Budapest: Die Verhandlungen der beiderseitigen Ministerpräsidenten über den autonomen Zolltarif werden demnächst fortgesetzt, da es die feste Absicht der beiden Regierungen ist, den Zolltarif bis an das Ende des Jahres unbedingt fertig zu stellen. — Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus Wien wurde gestern in der Wohnung des leichtenkrankten Landesverteidigungsministers **Welfersheim** ein zweistündiger Ministerrat abgehalten, der sich nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Alle Krisengerüchte werden wiederholt nachdrücklich dementiert.

Paris, 29. Oktober. Der „Matin“ meldet aus Petersburg: Eine offiziöse Note erklärt die Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Frank-

reich und Rußland in Konstantinopel für unbegründet. Eine Meinungsdivergenz könne nicht bestehen, da Rußland in der Angelegenheit voranbehalten interveniere.

London, 29. Oktober. Im gestrigen Ministerrat bildete die Angelegenheit von Rowett den Hauptgegenstand der Erörterung.

Rom, 29. Oktober. Die Blätter veröffentlichen ein Communiqué des Auswärtigen Amtes, worin erklärt wird, die Nachricht der englischen Blätter, betreffend die bevorstehende Angliederung Kretas an Griechenland sei unrichtig. Allerdings werde demnächst Prinz Georg in Rom eintreffen, um zu versuchen, Italien für diesen Plan zu gewinnen.

Krakau, 29. Oktober. Eine große Sendung von Kanonen und Munition, welche das Wiener Arsenal bestellt hatte, hat den hiesigen Bahnhof passiert, dieselbe wird über Rußland nach Persien befördert.

Wien, 29. Oktober. Der hiesige persische Gesandte bezeichnet die Meldung über ein gegen den Schah gerichtetes Komplott für sehr übertrieben. Besonders sei es unrichtig, daß sich zwei Brüder am Komplott beteiligt hätten, wahr sei nur, daß zwei höhere Beamte aus der Umgebung des Schah aus Teheran ausgewiesen wurden.

Wien, 29. Oktober. Die Bediensteten der Wiener Straßenbahnen beschloßen verschiedene Forderungen an die Direktion zu stellen, darunter die Verkürzung der Arbeitszeit. Falls die Direktion diese Forderung nicht bewilligt, beabsichtigen die Straßenbahnbeamten in den Streik zu treten.

Batbach, 29. Oktober. Das im Bau begriffene Schulhaus in Canter ist eingestürzt, wobei jedoch kein Menschenleben zu beklagen ist.

Liverpool, 29. Oktober. Im hiesigen Hospital wurden zwei Pestfälle festgestellt.

Moskau, 29. Oktober. Das hiesige Bezirksgericht verurteilte drei Arrestanten des Moskauer Transport-Gefängnisses, welche in ihren Zellen eine Fälschmünzwerkstatt etabliert und betrieben hatten, zu je 12 Jahren Zwangsarbeit und 90 Peitschenhieben.

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der Minister des Aeußern, Delcasse, hat in einer Unterredung mit dem Abg. Berry diesen dazu bewogen, seine Interpellation betr. die südafrikanischen Konzentrationslager fallen zu lassen.

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) In einem Interview erklärte der Generalstabchef der russischen Armee, wenn England verluche, Truppen nach der Grenze von Afghanistan zu entsenden, würden russischerseits ebenfalls sofort Truppen nach dort hin abgehen. Die getroffenen Maßregeln seien derart, daß die russischen Truppen in einem solchen Falle bereits vor den englischen Truppen in Afghanistan eintreffen würden.

Antwerpen, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Auf einem gestern ab-

gehaltenen Versammlungsabend, die Organisierung des Boykotts sei sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Amsterdam, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Sämtliche Arbeiterverbände der Niederlande sind ersucht worden, den geplanten Boykott der englischen Frachtdampfer mit Geldmitteln zu unterstützen. Eine Versammlung der Amsterdamer Arbeiter, welche sich mit diesem Wunsche befaßt wird, findet morgen statt.

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Bankier Deutsch hat in einem Briefe an Santos Dumont demselben mitgeteilt, daß er seiner Meinung nach den von ihm (Deutsch) gestifteten 100 000 Frank. Preis gewonnen habe. Santos Dumont beabsichtigt, die als erste Rate erhaltenen 25 000 Frank unter die Armen von Paris zu verteilen.

Marfalle, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der herrscht große Unruhe über das Ausbleiben des transatlantischen Dampfers „Ruffia“, welcher aus Dram kommend, bereits seit 24 Stunden überfällig ist.

Rechte Nachrichten.

(„Herold“, Deveschen-Bureau)

Berlin, 29. Oktober. Wenn mit der Urlaubsreise des deutschen Gesandten in Peking, Herrn v. Mümm, wiederum die Meldung auftaucht, der chinesische Gouverneur von Schantung habe die Zurückziehung der deutschen Truppen außerhalb der Grenzen Kiautschous gefordert, und deshalb sei die Reise des Herrn

Sie erhalten

Anrichten

einzel mit
5 Mark Anzahlung
 und wöchentlich
1 Mark Abzahlung.
Hermann Liebau
 Inh.: Otto Klingmüller
 Breiteweg 127 688
 Ecke Schrottdorferstr., gegenüber
 der Katharinentirche.

Bin vom 1. November
 zu sprechen täglich von
 11—12 Uhr mittags
Fettehennenstrasse 5, II.
 am Alten Markt.
Dr. Hollweg.

330

Leih-Haus

Apfelstr. 16, I.
 Best. Aufbewahr.-Ort
 für 984
Fahrräder.

Total-Ausverkauf

der aus der

Konkursmasse

des

59 Br. Weg 59 Kaufhauses „Vulkan“ 59 Br. Weg 59
 vis-à-vis Klavohn & Co. vis-à-vis Klavohn & Co.

stammenden Waren und anderer Waren bestehend in:

**Herrren-, Knaben- und Arbeitsgarderobe * Hüte * Mützen * Schirme
 Wäsche * Krawatten * Unterzeuge * Hosenträger * Handschuhe usw.**

zu staunend billigen festen Taxpreisen.

Beachten Sie die in den Fenstern ausgestellten Waren und den darauf vermerkten billigen Preis.
 Auf Wunsch wird jedes Stück aus dem Schaufenster genommen, mit Ausnahme der Tage am Sonnabend und Sonntag.

Die Geschäftsräume sind geöfnet von morgens 8 bis 1 Uhr, nachmittags 1/2 3 bis 9 Uhr.

